Halbzeitbilanz aus der Abteilung Soziales und Gesundheit der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Christiane Böhm, MdL,
Thomas Völker, Referent der Landtagsfraktion für Gesundheit und Soziales

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Halbzeitbilanz aus der Abteilung Soziales und Gesundheit der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Nachfolgend geht es um unsere politischen Schwerpunkte, nicht um eine detaillierte Gesamtschau aller Redebeiträge, Einzelanfragen und Initiativen. Wir danken allen Bündnispartner*innen und unseren Kolleginnen sowie Kollegen in der Fraktion, mit denen wir an vielen Projekten gemeinsam gearbeitet haben.
Wir freuen uns über kritische, lobende, aufmunternde, bedenkenswerte und vorwärtsweisende Kommentare.

Inhalt

1. Politik für Kinder und Familien 3
2. Frauen, Gleichstellung und feministische Politik 5
3. Sozialpolitik: Armut bekämpfen 7
4. Gesundheit: Voraussetzung für ein gutes Leben 9
5. Inklusion leben 11
Ausblick 12

1. Politik für Kinder und Familien

Frühkindliche Bildung: Erfreulich war, dass die Landesregierung die Zuschüsse für Kitas erhöht (leider vorwiegend mit Geldern, die den Kommunen zustehen) und den Personalschlüssel verbessert hat, auch wenn uns besonders die Anerkennung eines höheren Anteils der mittelbaren pädagogischen Arbeit fehlt. Wir haben einen eigenen Akzent in der Beratung des Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches gesetzt, indem wir einen Gesetzentwurf für eine gute Praxisanleitung vorgelegt haben. Dieser wurde in einem Fachgespräch mit vielen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren der frühkindlichen Bildung vorbereitet. Auch wenn das Thema keine Massenwirkung erreicht, sehen wir es als notwendig an, dass höhere Ressourcen in die Ausbildung und Anleitung gesteckt werden, um Fachkräfte gut in den Beruf einzuführen, dort zu halten und zurückzugewinnen.
Mit 26 Kleinen Anfragen haben wir eine Übersicht über die Investitionszuschüsse von Bund und Land in Kitas erstellt. Leider weiß die Landesregierung sehr wenig über den Fachkräftemangel, fehlende Plätze und den notwendigen Ausbau bzw. will sie es nicht wissen. Der Mangel an Kita-Plätzen ist insbesondere in Südhessen eklatant, die Kommunen ächzen unter der hohen finanziellen Belastung. Gleichzeitig mangelt es zunehmend an Fachpersonal. Hier hat die Landesregierung viel zu spät reagiert und gegengesteuert.
Die Schließung und Reduzierung frühkindlicher Betreuung hat ganz besonders in der ersten Corona-Welle große Proteste hervorgebracht. Anhand einer Petition mit 28.000 Unterzeichnenden haben wir die Forderungen der Erzieher*innen an eine für alle Beteiligte gute Öffnung der Kitas über den Ausschuss für Soziales und Integration an die Landesregierung weitergegeben.
Im Schwerpunkt Kinderrechte haben wir bewusst zuerst die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen adressiert. Dass eine Kinder- und Jugendrechtsbeauftragte in Vollzeit beim Land eingestellt wurde, ist nicht zuletzt unserer Hartnäckigkeit, aber auch derjenigen von Verbänden und Initiativen zu verdanken. Jetzt geht es darum die Ombudsstelle Kinderrechte regelhaft in Hessen zu verankern und aus Landesmitteln zu finanzieren. Wir werden unsere Positionen zur Kinder- und Jugendhilfe im Hinblick auf die Umsetzung des SGB VIII weiter ausbauen und zuspitzen. Hier gibt es Handlungsbedarf u.a. im Hinblick auf die Ausstattung der Jugendämter.

#LINKSwirkt

„Dass eine Kinder- und Jugendrechtsbeauftragte in Vollzeit beim Land eingestellt wurde, ist nicht zuletzt unserer Hartnäckigkeit, aber auch derjenigen von Verbänden und Initiativen zu verdanken.“

2. Frauen, Gleichstellung und feministische Politik

Seit Beginn der Legislaturperiode begleiten uns die Auseinandersetzungen um den § 219a (und somit auch § 218). Das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen hat für uns eine hohe Bedeutung und ist teilweise nicht mehr gewährleistet, zum Beispiel gibt zu wenige Möglichkeiten in Hessen einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen und kaum Möglichkeiten sich über die Art des Abbruchs zu informieren. Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen haben nicht die Möglichkeit, regelmäßig zu verhüten. Wir werden weiterhin aktiv für die Abschaffung der §§219a 218 StGB eintreten und die Ärzt*innen, die über Schwangerschaftsabbruch informieren, unterstützen und bei ihren Prozessen für das Selbstbestimmungsrecht begleiten.
Wir haben einen Gesetzentwurf für eine Abstandsregelung von Selbstbestimmungsgegner*innen von Konfliktberatungsstellen eingebracht. Wir waren erfolgreich, weil Innenminister Beuth aufgrund des hohen gesellschaftlichen Drucks eine Verfügung erlassen musste, dass diese Gruppen nur in angemessener Entfernung singen und beten dürfen. Dieser Gesetzentwurf hat bundesweit Resonanz entwickelt.
Das Thema Gewalt gegen Frauen haben wir mit der Istanbul-Konvention (Antrag und Große Anfrage) und einem Antrag zu Femiziden im Landtag aufgegriffen. Leider bewegt sich die Landesregierung in diesem Bereich bisher sehr wenig. Es gibt weiterhin keine Koordinierungsstelle, kaum Prävention, kein Blick auf intersektorale Diskriminierung und Gewalt, keine Schulung von Polizei, Justiz und Verwaltung - das konnte man in dem Statusbericht an die Nationale Koordinierung nachlesen. Eine einmalige finanzielle Unterstützung der Frauenhäuser und Gewaltschutzeinrichtungen während der Pandemie ist nicht ausreichend. Wir haben beantragt, die Anzahl der Frauenhausplätze zu verdoppeln, Frauen beim Auszug aus dem Frauenhaus zu unterstützen (z.B. durch spezielle Belegungsrechte bei den Wohnungsbaugesellschaften), Mittel für Prävention und für die Arbeit mit Täter*innen zur Verfügung zu stellen.

#LINKSwirkt

*„Wir haben einen Gesetzentwurf für eine Abstandsregelung von Selbstbestimmungsgegner*innen von Konfliktberatungsstellen eingebracht. Dieser Gesetzentwurf hat bundesweit Resonanz entwickelt. Der Innenminister musste einen Erlass auf den Weg bringen.“*

3. Sozialpolitik: Armut bekämpfen

Das Thema Kinderarmut führen wir aus der vorhergehenden Legislaturperiode weiter, u.a. indem wir das unsägliche Bildungs- und Teilhabepaket kritisieren, das mehr Probleme verursacht als das es Familien unterstützt. Wir freuen uns sehr über die Initiativen der Wohlfahrtsverbände zu Präventionsketten gegen Kinderarmut, dies haben wir mit zwei kleinen Anfragen unterstützt und beteiligen uns an der zivilgesellschaftlichen Diskussion. Ferienfreizeiten haben für Kinder aus armen Familien eine hohe Bedeutung. Nicht nur diese Unterstützung ist während Corona stark vermindert. Wir haben immer wieder die Folgen des Lockdowns für Kinder thematisiert und die Landesregierung aufgefordert, alles dafür zu tun, dass sie so gering wie möglich bleiben. Mit dem Fachforum „Kinderrechte im Widerspruch zu Kinderarmut“ am 3. September 2021 setzen wir den Schwerpunkt für die zweite Hälfte der aktuellen Wahlperiode – auch in der Hoffnung von Veränderungen nach der Bundestagswahl 2021, etwa mit Blick auf die Diskussion um eine eigenständige Kindergrundsicherung.

Mit einer Großen Anfrage haben wir Altersarmut in Hessen thematisiert, die insbesondere Frauen trifft. Wir arbeiten im Bündnis gegen Altersarmut von Frauen Südhessen mit und entwickeln zusammen mit vielen Frauenorganisationen Forderungen und Präsenz in der Öffentlichkeit. Wir haben Forderungen gestellt, wie Lohnungleichheit bekämpft werden kann, die eine gewichtige Ursache von Altersarmut ist. Als die Altenpflegehilfe von den anderen Fraktionen hochgelobt wurde, haben wir auf den geringen Verdienst in diesem Bereich hingewiesen, von dem man kaum leben kann.

Auch wenn die ganze Hartz-Gesetzgebung Bundesangelegenheit ist, weisen wir immer wieder auf die Folgen hin und erwarten, dass Land und Kommunen die Folgen der Armut zumindest möglichst klein halten, in dem in frühkindliche Bildung, Unterstützung der Familien, gute Schulbildung im Ganztag, Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr, kostenfreie Zugänge zu Kultur- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche und preisgünstigem Wohnraum investiert wird.

Vor Corona wurde bereits im ganzen Land sichtbar, dass Wohnungs- und Obdachlosigkeit zunimmt und kein Phänomen der Städte mehr ist. Mit der Großen Anfrage konnten wir die Initiativen von Wohlfahrtsverbänden und Selbsthilfeorganisationen unterstützen, mit denen wir konkrete Forderungen teilen. Das Land hat zugesagt, für „housing first“-Projekte finanzielle Unterstützung beizutragen, es entstehen vor Ort Wohnungssicherungsstellen, die Wohnungslosigkeit verhindern. Es ist zwar sehr mühselig in der Pandemie auf die besonderen Probleme von Menschen hinzuweisen, die kein Zuhause haben, allerdings wurden sie beim Impfen in eine frühe Priorität eingestuft.

Allerdings gibt es nicht nur beim Impfen noch Bedarf auf die Situation von Menschen ohne Krankenversicherungsschutz einzugehen. Wir haben nicht verstanden, warum die humanitären Sprechstunden nicht Teil der Impfkampagne sind. Um die Behandlung von Nichtversicherten zu verbessern, haben wir einen Gesetzentwurf zusammen mit Medinetzen und Hilfsstrukturen entwickelt und vorgelegt, der Clearingstellen im ganzen Land und einen Behandlungsfonds vorsieht. Das Gesetz wurde zwar abgelehnt, allerdings steigt der Druck, dass dazu etwas von Seiten der Landesregierung getan wird.

#LINKSwirkt

„Die hessische Landesregierung sucht nach Möglichkeiten, wie sie etwas zum Abbau von Obdachlosigkeit tun kann. Mehr ist leider noch nicht. Wir bleiben dran.“

4. Gesundheit: Voraussetzung für ein gutes Leben

„Gesundheitsversorgung muss in öffentliche Hand, mit Krankenhäusern darf kein Profit erwirtschaftet werden, deshalb sind wir für die Rekommunalisierung der Kliniken.
Für die Rückführung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg in die Hand des Landes weist ein von uns mit beauftragtes Gutachten den rechtlichen Weg.“

Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung nützt der Bevölkerung in Stadt und Land. Mit dem Gesundheitsplan für Hessen haben wir ein Konzept für eine ausgewogene Ausstattung Hessens mit stationären Einrichtungen und einer intersektoralen Versorgung entwickelt. Gesundheitsversorgung muss in öffentliche Hand, mit Krankenhäusern darf kein Profit erwirtschaftet werden, deshalb sind wir für die Rekommunalisierung der Kliniken. Die Fallpauschalen sollen abgeschafft und durch die Erstattung der Selbstkosten ersetzt werden. Damit einher geht eine gute ambulante Versorgung. Der Pflegenotstand muss über bessere Arbeitsbedingungen und Personalmindeststandards aufgelöst werden, finanziert durch eine Bürgerversicherung. Weiterhin braucht der öffentliche Gesundheitsdienst höhere Aufmerksamkeit und eine viel bessere Ausstattung. Für die Rückführung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg in die Hand des Landes weist ein von uns mit beauftragtes Gutachten den rechtlichen Weg.
Seit Beginn der Legislaturperiode beschäftigen wir uns intensiv mit der psychiatrischen Versorgung. Dabei bauen wir auf der bereits in der letzten Wahlperiode festgehaltenen politischen Linie einer gewaltfreien Psychiatrie auf, die möglichst ambulant und mit flächendeckenden Krisendiensten arbeitet. Mit dem Fachgespräch zu Beginn 2020 haben wir eine hohe Außenwirkung entfacht und Betroffene wie progressive Fachkräfte angezogen. Wir bereiten uns auf die Reform des PsychKHG und des Maßregelvollzugsgesetzes mit Anfragen, Berichtsanträgen, Gesprächen und Anträgen vor.
Zwei wesentliche Elemente sind für uns die Vermeidung von Zwangsmaßnahmen und die Verbesserung der ambulanten Versorgung insbesondere in Krisensituationen. Wir haben deutliche Kritik an der Landesregierung geäußert, die es seit 2017 nicht schafft, die Kliniken in Bezug auf Fixierungen zu kontrollieren, und noch meilenweit von der Reduzierung entfernt ist. Die Landesregierung hat immer noch nicht das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus 2018 zum Richtervorbehalt bei Fixierungen umgesetzt. Weiterhin haben wir die Bestellung von Gutachter*innen in der Psychiatrie problematisiert.
Die Corona-Pandemie haben wir auf vielfältige Weise thematisiert. Die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, auf die Zunahme von Gewalt gegen Frauen und Kinder, auf einzelne Berufsgruppen, auf soziale Einrichtungen, Vereine, Wohlfahrtsverbände, auf die Tagespflege, auf Menschen in sozialen Notlagen und ganz besonders auf Menschen, die in Senioreneinrichtungen leben, haben wir erfragt und dafür gesorgt, dass Fehlentwicklungen abgestellt werden. Beispielsweise wurden Schwangerschaftsabbrüche zunächst nicht als dringliche Eingriffe behandelt, auch haben wir massiv darauf gedrängt, dass Personal und Besucher*innen in der Altenpflege frühzeitig regelmäßig getestet werden. Wir haben uns mit Früherkennung etwa durch Abwassertestungen wie mit dem Impfen beschäftigt und auf prioritäre Gruppen aufmerksam gemacht. Wir waren für die Anliegen aus der Bevölkerung immer ansprechbar und haben uns für Lösungen in individuellen Problemlagen eingesetzt. Wir sehen es als notwendig an, dass weiterhin kostenfrei getestet und niedrigschwellig geimpft wird.
In der Corona-Pandemie wurde sehr deutlich, wie schlecht es um den Arbeitsschutz und dessen Kontrollen bestellt ist. In Hessen muss ein Betrieb durchschnittlich nur alle 40 Jahre befürchten, kontrolliert zu werden. Hier sind dringend eine personelle Aufstockung und eine klare Vorgabe zur Kontrolle von Seiten des Landes erforderlich. Ein erster Schritt ist unsere Große Anfrage dazu.

5. Inklusion leben

Nachdem DIE LINKE seit elf Jahren das Gehörlosen- und Taubblindengeld fordert, wurde es 2021 tatsächlich eingeführt. Bei einigen Kritikpunkten, die von Seiten der Anzuhörenden eingebracht wurden, konnten wir Änderungen erreichen. Wir haben hier wie beim Hessischen Behindertengleichstellungsgesetz Änderungsanträge an die Gesetzentwürfe gestellt. Dringend erforderlich ist die bereits 2017 im Landtag beschlossene Ausbildung zur Taubblindenassistenz zu realisieren. Die Notwendigkeit barrierefreier Wohnungen wurde von uns thematisiert.

Parlamentarische Bilanz in Zahlen
Wir haben 180 Kleine Anfragen, mündliche Fragen und Berichtsanträge, vier Große Anfragen und 26 Anträge (von 113 der Fraktion) gestellt. Christiane Böhm hat 113 Reden gehalten. Dies macht deutlich, wie hoch die Bedeutung der Sozial- und Gesundheitspolitik für DIE LINKE. im Hessischen Landtag ist.

Ausblick

Wir werden uns in den nächsen zweiundeinhalb Jahren weiterhin mit Kinder- und Jugendrechten und der Bekämpfung von Armut beschäftigen. Hier freuen wir uns auf die Zusammenarbeit mit vielen gesellschaftlichen Institutionen. Wir bereiten die Ergänzung des Gesundheitsplans um einem Pflegeplan vor. Die Psychiatriereform wird mit der aktuellen Novellierung keineswegs abgeschlossen sein, wenn es Fortschritte gibt, hat dies auch mit unserer Hartnäckigkeit und der der Betroffenen zu tun. Die Gleichstellung sowie das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt und die Umsetzung der Jugendhilfereform werden wir weiterhin begleiten. Die Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen und der Bedarf in der älteren Gesellschaft werden wir ebenso verfolgen.

Wiesbaden 1.9.21

Bei Interesse finden Sie unsere parlamentarischen Initiativen über das Landtagsinformationssystem (starweb.hessen.de)

Anleitung zur erweiterten Suche:

- Häkchen bei „20. Wahlperiode 18.1.2019 - 17.1.2024“ (bereits ausgewählt)
- „- weitere Suchoptionen“ auswählen. „Böhm“ bei „Autoren“ eintippen.
- Zeitraum: 18.01.2019 - 01.09.2021 eintippen.

Impressum:

Christiane Böhm
Sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin
DIE LINKE. Im Hessischen Landtag
Schloßplatz 1-3
65183 Wiesbaden
TEL. 0611 3506097
c.boehm@ltg.hessen.de

www.boehm-christiane.de